



Nr. 4

5. Februar 2015

Inhalt

[Dauderstädt: Systemgerechtigkeit ist unverzichtbar+++](#)
[Sozial- und Erziehungsdienst: Reihe von Wertschätzungstagen abgeschlossen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Politik nach Gutsherrenart – dbb Hessen protestiert gegen Haushaltsbeschlüsse+++](#)

[Vereinbarung zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement unterzeichnet+++](#)

[Unruhe in den Hamburger Jobcentern - Überstunden an der Tagesordnung +++](#)

[komba-Kritik zum Jahreswirtschaftsbericht: Neues Geld, aber kein Personal+++](#)

[Vollautomatische Bearbeitung - Steuerbescheid soll künftig schneller kommen+++](#)

[Mindestlohn: Zollgewerkschaft fordert schnelles Ende der „Bürokratie-Monster“-Debatte+++](#)

[GDL: Beharrlichkeit bringt ersten Fortschritt in Tarifverhandlungen mit Deutscher Bahn+++](#)

[Terrorbekämpfung - DPolG: Sinnvolle gesetzliche Regelungen auch umsetzen+++](#)

[Verein „Digitale Köpfe“: Medienerziehung soll bundesweit Teil der Lehrpläne werden+++](#)

[KEG: Rahmenbedingungen für Bildung weiter verbessern+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Dauderstädt: Systemgerechtigkeit ist unverzichtbar

(dbb) „Systemgerechtigkeit bleibt für den dbb unverzichtbar.“ Dies gelte sowohl für die Übertragung der Ergebnisse von Einkommensrunden als auch für die Übernahme sozialpolitischer Vorlagen. Das hat Klaus Dauderstädt, der Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes, deutlich gemacht. Vor der Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung in Königswinter sagte er am 31. Januar 2015, diese Haltung werde der dbb trotz der Widerstände in der Politik nicht preisgeben.

Dauderstädt erinnerte daran, dass „das Modell der 'wirkungsgleichen Übertragung' zwischen Arbeits- und Sozialrecht einerseits und Beamtenrecht andererseits vom dbb immer dann akzeptiert wurde, wenn Eingriffe ohne Übermaß und systemkonform vollzogen wurden“. So habe der dbb auch keine Eins-zu-eins-Übertragung der Mütterrente gefordert, sondern eine systemkonforme Fortentwicklung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Beamtenversorgungsgesetz.

Dass der Bund und die große Mehrzahl der Länder sich weigern, Maßnahmen des Rentenversicherungsleistungsverbesserungsgesetzes auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen - weder beim abschlagsfreien Zugang mit 63 noch bei der Kindererziehung - sei ungerrecht, so die Kritik des dbb Chefs. Er bekräftigte seinen bereits auf der Jahrestagung des dbb Anfang Januar in Köln gemachten Vorschlag,

das Thema gegebenenfalls zu vertagen, bis der Bundestag sich ohnehin wieder mit Fragen der Beamtenversorgung beschäftigt. Dies sei aller- spätestens 2017 der Fall.

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer sagte:
„Es ist gut und richtig, dass der dbb beamtenbund und tarifunion sich gemeinsam mit uns für eine systemgerechte und eigenständige Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Versorgung der Beamtinnen und Beamten einsetzt. Aus meiner Sicht wäre eine Verdoppelung der Anrechnungszeiten bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit für vor 1992 geborene Kinder auf zwölf Monate das richtige Signal. Der Freistaat Bayern zeigt uns, dass es geht. Kindererziehung muss gesellschaftlich geschätzt werden, egal, ob die Mütter Angestellte oder Beamtinnen waren und sind.“
(01/04/15)

Sozial- und Erziehungsdienst: Reihe von Wertschätzungstagen abgeschlossen

(dbb) In Mönchengladbach hat am 4. Februar 2015 der letzte Wertschätzungstag des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften stattgefunden. Bei der Veranstaltungsreihe diskutierten die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes die Inhalte der kommenden Tarifverhandlungen über bessere Beschäftigungsbedingungen. Andreas Hemsing, Verhandlungsführer des dbb, hat die Wertschätzungstage als großen Erfolg gewertet: „Wir sind entschlossen, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Das sollten sich auch die Arbeitgeber merken.“

„Eines ist klar: Die Kolleginnen und Kollegen verdienen echte Wertschätzung. Die große Bedeutung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst bestreitet zwar niemand ernsthaft, aber mit einem Schulterklopfen ist es nicht getan“, machte Hemsing deutlich. „Deshalb brauchen wir grundsätzlich eine gerechtere Eingruppierung. Zudem soll zusätzliche Verantwortung, wie etwa die Übernahme einer Leitungsfunktion – auch in Stellvertretung – entsprechend gewürdigt werden.“

Die Berufsbilder müssten insgesamt attraktiver werden. Hemsing: „Wenn die Belastungen

weiter steigen, bekommen wir immer größere Probleme. Erstens werden die Beschäftigten früher aus dem Beruf ausscheiden, weil sie schlicht nicht mehr können. Zweitens werden sich potentielle Nachwuchskräfte eher für andere Bereiche entscheiden. Der Trend ist schon erkennbar: Es fehlen nicht nur Stellen, um die Aufgaben qualitativ hochwertig zu erledigen. Zunehmend können vorhandene Stellen auch nicht besetzt werden, weil die Bewerber fehlen. Das zeigt: Es ist höchste Zeit zu handeln.“
(02/04/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Politik nach Gutsherrenart – dbb Hessen protestiert gegen Haushaltsbeschlüsse

(dbb) Mehr als 650 Demonstranten haben am 3. Februar 2015 in Wiesbaden gegen die im Landeshaushalt vorgesehenen Verschlechterungen für den öffentlichen Dienst protestiert. „Man kann mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, den Beamtinnen und Beamten nicht nach Gutsherrenart umspringen“, rief die Landesvorsitzende des dbb Hessen Ute Wiegand-Fleischhacker den Demonstranten zu. Anlass der Protestaktion war die dritte Lesung des Haushaltsgesetzes im Landtag.

Die hessische Regierungskoalition will in den nächsten Jahren 1.800 Stellen einsparen, gleichzeitig in diesem Jahr die Beamtenbesoldung nicht erhöhen und in den nächsten Jahren mit einem Prozent Zuwachs deckeln und zudem die Beihilfe kürzen.

Wiegand-Fleischhacker stellte in Ihrer Rede den Unterschied zwischen den Verlautbarungen in den Koalitionsvereinbarungen und der Realität heraus. So habe die Landesregierung „die Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen in unserem Land“ angekündigt. Es

stelle sich die Frage, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Diensts nicht auch zu diesen Menschen gehörten.

Die sich deutlich verschlechternden Arbeitsbedingungen im Landesdienst machten zudem den Wettbewerb um die besten Köpfe in Konkurrenz zu den anderen Bundesländern schwieriger. „Dies wird Auswirkungen auf die Serviceleistungen haben“, so Wiegand-Fleischhacker.
(03/04/15)

Vereinbarung zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement unterzeichnet

(dbb) Gesundheit und Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen in der Landesverwaltung sollen gestärkt werden. Das ist das Ziel der Vereinbarung zu einem Betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung, die am 2. Februar 2015 in Kiel von Ministerpräsident Torsten Albig, der Vorsitzenden des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, und Uwe Polkaehn vom DGB Nord unterzeichnet wurde.

dbb-Landeschefin Schwitzer begrüßte die ausgehandelte Vereinbarung: "Sie ist eine gute Grundlage, die nun mit Leben erfüllt werden muss. Die Vereinbarung lässt Spielraum für verschiedene, an die jeweiligen Aufgaben und Arbeitsbedingungen angepasste Maßnahmen des Gesundheitsmanagements. Gesundheit muss bei der Arbeitsgestaltung immer gleich mitgedacht werden", sagte Schwitzer.

Mit der Vereinbarung wird das in einigen Bereichen der Landesverwaltung bereits gestartete Gesundheitsmanagement auf alle Behörden des Landes, von der Verwaltung über die Polizei bis zum Schulbereich, ausgeweitet. Alle

Behörden sind nun aufgerufen, die Situation ihrer Beschäftigten zu analysieren und konkrete Projekte und Maßnahmen zu entwickeln. Besonders im Schulbereich sollen dazu Vereinbarungen zwischen Ministerium und den zuständigen Personalräten getroffen werden.

Schwitzer verwies darauf, dass der dbb-Landesbund dieses Thema seit Jahren auf die Agenda geschrieben hat. "Nun geht es also an die Umsetzung. Wir werden die anstehenden Prozesse konstruktiv und mit großem Engagement weiter begleiten", sagte Schwitzer.
(04/04/15)

Unruhe in den Hamburger Jobcentern - Überstunden an der Tagesordnung

(dbb) Unzumutbare Arbeitsverhältnisse in einzelnen Hamburger Jobcentern sind am 30. Januar 2015 vom dbb hamburg kritisiert worden.

So sorgte ein neues IT-Verfahren mit Namen ALLEGRO, das seit August 2014 das veraltete Verfahren A 2LL abgelöst hat, für Ärger, weil es technisch kaum möglich und datenschutzrechtlich bedenklich sei, die vorhandenen Daten aus dem alten in das neue System zu überspielen. Vorab mussten alle betroffenen Beschäftigten geschult werden, was für entsprechende Personalausfälle in den Jobcentern sorgte. Ende 2014 wurde zudem die Bundesagentur für Arbeit von der Bundesregierung - im laufenden Umstellungsprozess - unter dem Stichwort „Kassensicherheit in IT-Verfahren“ angewiesen, für sämtliche Leistungen und Änderungen ausschließlich das „Vier-Augen-System“ anzuwenden. Selbst kleinste zu berücksichtigende Mieterhöhungen dürften nicht

mehr - wie früher üblich - eingegeben und verfügt werden, sondern bedürfen nun einer zusätzlichen Kontrolle.

„Die Kontrollwut nimmt mehr und mehr absurde Züge an; die Beschäftigten sind völlig überlastet, Krankheitsquote und Arbeitsmengen steigen und die Angst vor aggressiven Kunden wächst, weil nicht sichergestellt werden kann, dass alle Leistungsberechtigten ihr Geld rechtzeitig erhalten“, zählt dbb Landeschef Rudolf Klüver auf. Wieder einmal müssten die Beschäftigten das unbedachte Vorgehen der politisch Verantwortlichen ausbaden, weil gleich mehrere Neuerungen parallel eingeführt werden.

(05/04/15)

komba-Kritik zum Jahreswirtschaftsbericht: Neues Geld, aber kein Personal

(dbb) Straßen, Bildung, Internet: Zehn Milliarden Euro will die Bundesregierung laut Jahreswirtschaftsbericht in den kommenden Jahren in Infrastrukturprojekte investieren. Doch Geld allein reicht nicht, erklärte die komba gewerkschaft dazu am 29. Januar 2015 in Berlin. Die Frage, wer in den Ländern und Kommunen die Investitionen umsetzen soll, bleibe offen. Denn überall im öffentlichen Dienst fehlten Fachkräfte.

„Stell dir vor: Der Bund gibt Geld und keiner ist da, um es auszugeben. Das ist leider Realität. Es kann aber doch nicht sein, dass beispielsweise vom Land dringend für Infrastrukturprojekte wie Straßenbau benötigte Millionen an den Bund zurücküberwiesen werden müssen, nur weil die Fachkräfte fehlen“, kritisierte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft und stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb die Lage. Silberbach verwies auf das Beispiel in Nordrhein-Westfalen, wo der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) allein im Jahr 2013 40 Millionen Euro an den Bund zurückgeben musste, da das Geld aufgrund fehlenden Personals nicht abgerufen werden konnte.

„Aufgaben der Daseinsvorsorge gehören klar in die Hände von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Um diese wichtigen Anforderungen zu gewährleisten, braucht es auch Nachwuchskräfte. Die lassen sich jedoch nur gewinnen und halten, wenn die Arbeitsbedingungen attraktiv sind“, sagte Silberbach. „Derzeit schaffe es der öffentliche Dienst nicht, den bereits vorhandenen Nachwuchs langfristig zu binden. Die Angebote aus der Privatwirtschaft sind meist lukrativer und haben mehr Perspektive.“ Deshalb fordere der dbb gemeinsam mit seiner Mitgliedsgewerkschaft komba für die im Februar beginnenden Tarifverhandlungen 100 Euro monatlich mehr im Azubi-Geldbeutel und die Übernahme aller Auszubildenden.

(06/04/15)

Vollautomatische Bearbeitung - Steuerbescheid soll künftig schneller kommen

(dbb) Das Bundesfinanzministerium will die vollautomatische Bearbeitung von Steuererklärungen zum Standard machen. Steuerzahler sollen dann ihr Geld deutlich schneller vom Finanzamt zurück bekommen.

Experten haben die Initiative begrüßt. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler sagte laut „Rheinischer Post“ (Ausgabe vom 2. Februar 2015) : „Derzeit werden im Bundesschnitt weniger als zehn Prozent aller Steuererklärungen vollautomatisch abgewickelt. Wenn das Verfahren technisch ausgebaut und Standard wird, können die Steuerpflichtigen ihre Steuerbescheide deutlich schneller zurückbekommen.“

Zurzeit betrage die Bearbeitungszeit in der Regel mehrere Wochen bis zu sechs Monaten. Beim systematischen und flächendeckenden

Einsatz der vollautomatischen Bearbeitung sei dann „eine Rückerstattung binnen einer Woche zu erwarten“.

Die Sorge der Experten richte sich nun auf den „Risikofilter“: Kann das System so intelligent programmiert werden, dass Steuerbetrüger bei der automatischen Prüfung auffliegen? „Wenn die Filter nicht sauber programmiert sind und bei Verdachtsfällen nicht sensibel genug Alarm schlagen, droht ein Steuerverlust. Den Schaden muss die Gemeinschaft aller Steuerpflichtigen tragen“, warnte Eigenthaler.
(07/04/15)

Mindestlohn: Zollgewerkschaft fordert schnelles Ende der „Bürokratie-Monster“-Debatte

(dbb) Deutliche Worte hat der BDZ-Bundesvorsitzende Dieter Dewes an jene Teile der Bundesregierung gerichtet, die das Mindestlohngesetz entschärfen wollen. Dewes forderte am 30. Januar 2014, die Debatte über das angebliche „Bürokratie-Monster“ Mindestlohn sofort zu beenden.

Ausgehend vom Wirtschaftsflügel der Union hatte zunächst Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Korrekturen an dem Gesetz in Aussicht gestellt. Auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte nachträgliche Änderungen nicht ausgeschlossen. Jetzt hat CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt gefordert, die Mindestlohnkontrolle durch den Zoll auszusetzen, obwohl diese noch gar nicht begonnen hat. Der Chef der Zollgewerkschaft beklagte, dass von Arbeitnehmerrechten offenbar gar keine Rede mehr sei.

Nicht nur die Unternehmen bräuchten Rechtssicherheit, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Zöllnerinnen und Zöllner der Finanzkontrolle Schwarzarbeit,

die auf der Grundlage des am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Mindestlohngesetzes und der hierzu erlassenen Verordnungen einen guten Job machten, der von der Politik nicht mit Füßen getreten werden dürfe. Nichts anderes geschehe aber, wenn mit Begriffen wie „Bürokratie-Monster, -Wahnsinn und -Last“ die Arbeit des Zolls geradezu dämonisiert werde, so Dewes. Der Zoll falle niemandem zur Last, wenn er im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Einhaltung des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns überprüft, stellte Dewes klar. Er erwarte, dass sich die politisch Verantwortlichen schützend vor die Beschäftigten stellen, die die vom Bundestag beschlossenen Gesetze ausführen.
(08/04/15)

GDL: Beharrlichkeit bringt ersten Fortschritt in Tarifverhandlungen mit Deutscher Bahn

(dbb) Die Deutsche Bahn hat der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) erstmals einen Zugpersonaltarifvertrag für ihre Mitglieder angeboten. „Das haben wir durch Beharrlichkeit und die Geschlossenheit unserer Mitglieder erreicht“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky nach den Tarifverhandlungen am 2. Februar 2015 in Berlin.

Damit habe die DB offensichtlich ihre Absicht aufgegeben, den bewährten Flächentarifvertrag für Lokomotivführer abzuschaffen und Flächentarifverträge für das gesamte Zugpersonal zu verhindern. Die Regelungssystematik des angebotenen Flächentarifvertrags sei jedoch nicht geeignet, den Wettbewerb auf dem Rücken des Zugpersonals dauerhaft zu verhindern, so Weselsky weiter. „Er ist viel zu stark mit unternehmensspezifischen Regelungen der DB belastet und passt deshalb nicht für den gesamten Eisenbahnverkehrsmarkt.“

Die GDL wird der DB deshalb bis zum 9. Februar 2015 einen Flächentarifvertrag zusenden, der die Interessen beider Seiten berücksichtigt, kündigte Weselsky an. „Dieser Flächentarifvertrag wird vergleichbare tarifvertragliche Mindestnormen für das gesamte Zugpersonal enthalten, die rechtssichere Anwendung der Betreiberwechseltarifverträge ermöglichen und in allen Unternehmen anwendbar sein. Unser Ziel ist und bleibt es, den Flächentarifvertrag für das Zugpersonal zuerst beim Marktführer DB zu verankern, um ihn anschließend im gesamten Eisenbahnverkehrsmarkt durchzusetzen“, so Weselsky.
(09/04/15)

Terrorbekämpfung - DPoIG: Sinnvolle gesetzliche Regelungen auch umsetzen

(dbb) Vor einem Gespräch mit Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) am 4. Februar 2015 hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) die von der Bundesregierung geplanten schärferen Gesetze gegen Dschihadisten begrüßt, aber zugleich geeignete Maßnahmen zu deren erfolgreicher Umsetzung angemahnt.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte, die DPoIG begrüße die vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorfinanzierung sowie die Bestrafung von Reisen, um terroristische Handlungen zu begehen, zu planen oder vorzubereiten. „Was aber nicht passieren darf, sind juristische Auseinandersetzungen über subjektive Tatbestandsmerkmale, denn Absichten oder Motive spielen

sich nun einmal nur im Kopf potenzieller Täter ab. Wir erwarten daher eindeutige Gesetze. Gesetzgeberische Aktivitäten allein verhindern aber noch keinen Terroranschlag. Für den Vollzug der Gesetze sind immer noch die Sicherheitsbehörden zuständig, die personell und technisch besser ausgestattet werden müssen.“
(10/04/15)

Verein „Digitale Köpfe“: Medienerziehung soll bundesweit Teil der Lehrpläne werden

(dbb) In Berlin ist der Verein „Digitale Köpfe“ gegründet worden. Zu den Gründungsmitgliedern gehört auch der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm.

Wie der Verband am 2. Februar 2015 weiter mitteilte, war Böhm 2014 eine von 39 Persönlichkeiten, die im Rahmen des Wissenschafts-

jahres des Bundesministeriums für Bildung und Forschung als Vordenker der Digitalisierung ausgezeichnet wurden. „Ich freue mich, dass

wir aus dieser Initiative nun eine ständige Einrichtung machen. So können wir den Dialog über die Entwicklung unserer digitalen Gesellschaft professionell weiterbegleiten“, erklärte Böhm.

Der VDR-Chef wird im Verein künftig für den Bereich Bildung und Erziehung sprechen. Einen ersten Aufgabenschwerpunkt sieht er beim

Thema Medienerziehung an den Schulen: „Wir wollen auf der Kultusministerkonferenz anregen, dass Medienerziehung in allen Bundesländern fester Bestandteil der Lehrpläne wird.“ Kinder und Jugendliche müssten eine klare Orientierung erhalten, welche Chancen ihnen die digitale Welt eröffnet und welche Fallstricke drohen.

(11/04/15)

KEG: Rahmenbedingungen für Bildung weiter verbessern

(dbb) Bildung ist zwar „im Aufwind“, aber es „müssen immer wieder bildungspolitische Herausforderungen bewältigt werden“. Das hat der Bundesbeauftragte der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG), Manfred Mahlstedt, in einem Gastbeitrag für die „Augsburger Sonntagszeitung“ (Ausgabe vom 31. Januar 2015) festgestellt.

Dies gelte etwa bei der Integration von Menschen mit Behinderungen, der immer noch zu großen sozialen Ungleichheit und Spaltung bei der Bildungsbeteiligung oder bei den zu hohen Wechsel- und Abbruchzahlen in Schule und Hochschule. „Dazu kommen ein stark verschlechtertes Betreuungsverhältnis von Professoren zu Studierenden an den Hochschulen (1:65) und der demografische Wandel. Eine

andere Herausforderung ist die Balance zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Zur Bildungsgerechtigkeit gehört auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Ganztagsbetreuung der unter Dreijährigen“, schreibt Mahlstedt zum jüngsten Bildungsbericht des Bundesbildungsministeriums und der Kultusministerkonferenz der Länder.

(12/04/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die Vorbereitung des 11. dbb bundesfrauenkongresses, der am 8. und 9. Mai 2015 in Potsdam stattfinden wird, stand im Mittelpunkt der jüngsten Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung. Die 52 Teilnehmerinnen wollten die rund 120 bislang vorliegenden Anträge an den dbb bundesfrauenkongress vorberaten und Empfehlungen der Hauptversammlung an den Kongress beschließen. **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sagte zum Auftakt der Sitzung am 30. Januar in Königswinter, auf dem 11. dbb bundesfrauenkongress werde man sich mit allen frauenpolitisch relevanten Themen beschäftigen – von A, wie „Anerkennung von Kindererziehungszeiten“ über B wie „Beurteilung und Beförderung“ bis zu Q wie „Quote“ und S wie „Steuerpolitik“.

Zu einem Meinungsaustausch über Steuer- und Finanzfragen hat sich der DSTG-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** am 27. Januar 2015 mit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages Margaret Horb (CDU) getroffen. Zuvor war Eigenthaler mit dem Fachmann für Sozial- und

Gesundheitspolitik Michael Hennrich (CDU) zusammen gekommen. Bei den Treffen ging es sowohl um aktuelle Fragen - etwa die Zukunft des Euro und die Griechenlandpolitik – als auch um die Steuerpolitik. Breiten Raum nahm in den Gesprächen das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer ein. Das höchste deutsche Gericht hatte die Verschonungsregelungen beim unternehmerischen Vermögen für verfassungswidrig erklärt und bis Ende Juni 2016 eine Neuregelung verlangt. Eigenthaler mahnte gegenüber den Abgeordneten eine verfassungsfeste und dauerhafte Neuregelung an, die für Rechtssicherheit sowohl beim Steuerzahler als auch in den Finanzämtern Sorge.

Die Landesvorsitzende des dbb Hessen, **Ute Wiegand-Fleischhacker**, ist am 30. Januar 2015 in den ARD-Programmbeirat für „Das Erste“ gewählt worden. Sie ist Stellvertreterin von Sigrid Isser vom LandesFrauenRat. Der ARD-Programmbeirat ist ein Beratungsgremium für die Ständige Fernsehprogrammkonferenz, die das Programm des Ersten Deutschen

Fernsehens zusammenstellt. Dem ARD-Programmbeirat gehören Gremienmitglieder aus allen Landesrundfunkanstalten an. Der Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks wählte in seiner ersten Sitzung dieses Jahres darüber hinaus seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie die Vorsitzenden, Stellvertreter und Mitglieder der Programmausschüsse Fernsehen und Hörfunk, des Finanzausschusses, des Beschwerdeausschusses und des Telemedienausschusses.

Mit dem am 4. Februar 2015 von NRW-Innenminister Ralf Jäger vorgestellten Konzept „Intensivtäter Gewalt und Sport“, das ein koordiniertes Vorgehen von Polizei und Justiz im Zusammenhang mit Gewalttaten bei Sportveranstaltungen vorsieht, werden bundesweite Maßstäbe gesetzt. Das erklärte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizei-Gewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**. „Alle Ermittlungen gegen Intensivtäter, egal ob sie ihre Gewalttaten in München, Hamburg oder Berlin begehen, werden bei der Polizei zentral an einer einzigen Stelle geführt. Sogenannte Dritortauseinandersetzungen, die der Polizei eine Strafverfolgung bislang erschwerten, wird es künftig nicht mehr geben, wenn gefährliche Rädelsführer von der Polizei identifiziert und alle Erkenntnisse an einer zentralen Stelle gebündelt werden“, so Wendt.

Mit einem Autokorso und einer anschließenden Demonstration vor dem Landtag in Magdeburg haben sich zahlreiche DPVKOMler aus der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt am 30. Januar 2015 gegen das Vorhaben der Deutschen Post gewandt, ab sofort Paketzusteller zu abgesenkten Entgelten in der neu gegründeten Tochtergesellschaft DHL Delivery GmbH einzustellen. Die Kolleginnen und Kollegen warfen der Deutschen Post in diesem Zusammenhang Lohndrückerei und das Unterlaufen der Haustarifverträge vor. Außerdem wandten sich die Postler aus Magdeburg gegen das geplante Tarifeinheitsgesetz. Dieses verstößt nach Auffassung der **DPVKOM** gegen die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat beklagt, dass trotz der Bemühungen der Politik um eine höhere Lehrerdichte gegenwärtig an

den deutschen Schulen fast jede zehnte Stunde ausfällt. Der „Bild“-Zeitung (Ausgabe vom 30. Januar 2015) sagte der Vorsitzende des Philologenverbandes, **Heinz-Peter Meidinger**, pro Woche fielen bundesweit knapp eine Million Schulstunden aus. Das seien acht Prozent aller Stunden und fast genauso viele wie ein Jahr zuvor. Besonders groß sei das Problem weiterhin in den so genannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Der Unterrichtsausfall werde tendenziell etwas weniger, aber in Fächern wie Mathe, Biologie und Physik „herrscht weiterhin ein großer Mangel“, so Meidinger.

Der Anspruch auf Zahlung einer Zulage nach § 46 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) erfordert keine feste Verknüpfung von Dienstposten und Planstelle. Die Zulage ist auch in Fällen der haushaltsrechtlichen „Topfwirtschaft“ zu gewähren. Das hat das Bundesverwaltungsgericht am 25. September 2014 festgestellt (BVerwG 2 C 21.13). Ende 2014 hat das Gericht die Entscheidungsgründe für das vom **dbb** geführte Verfahren zugestellt. In dem vom dbb geführten Verfahren begehrte die Klägerin die Gewährung der Zulage nach § 46 BBesG, da sie seit Beginn ihrer Beschäftigung auf einem höherwertigen Dienstposten eingesetzt war. Nach erfolgloser Klage lehnte auch das Oberverwaltungsgericht die von der Klägerin eingelegte Berufung mit der Begründung ab, dass eine Zulage nach § 46 BBesG trotz Ausübung einer höherwertigen Tätigkeit im Falle der sogenannten „Topfwirtschaft“ nicht gewährt werden könnte, da die dort verlangten haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Übertragung eines Amtes nur bei einer kongruenten Vakanz zwischen Dienstposten und Planstelle erfüllt seien. Dies erfordere notwendiger Weise eine freie und besetzbare Planstelle, die dem Dienstposten des anspruchstellenden Beamten zugeordnet sei. Bei der praktizierten Bewirtschaftung der Planstelle fehle es an einer solchen festen Zuordnung. Das Bundesverwaltungsgericht stellte nun mit dem oben genannten Urteil fest, dass für die Gewährung der Zulage nach § 46 BBesG eine feste Verknüpfung von Dienstposten und Planstelle nicht erforderlich ist. (Mehr Informationen dazu unter www.dbb.de) (13/04/15)